

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 2,60 M. im voraus zahlbar...

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einj. allg. Kampfbroschüre 80 Bl. ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter...

Der Weltgerichtshof.

Die Entscheidungsinstanz über die Zollunion.

Auf Antrag Hendersons wird der Rat des Völkerbundes beschließen...

Der Gerichtshof des Völkerbundes — oder in affektierter Befehlens- und Bürokratenmanier die Haager „Cour“ genannt — ist nicht zu verwechseln mit dem Haager „Schiedshof“...

Erst durch den Völkerbund wurde es möglich, diesen Gerichtshof zu schaffen. Seine früher 11, jetzt 15 Richter werden alle sieben Jahre von Völkerbundsrat und Völkerbundsversammlung gewählt...

Das Dasein und die Bewährung des Internationalen Gerichtshofes hat es mit sich gebracht, daß ihm seit seiner Eröffnung 1923 über vierzig Rechtsfälle anvertraut wurden...

Das Kabinett berät wieder.

Ueber eine Milliarde Fehlbetrag. — Wo soll gespart werden?

Das Reichskabinett wird im Laufe dieser Woche die bisher zurückgestellten Beratungen über die finanz- und sozialpolitischen Maßnahmen wieder aufnehmen...

Der Inhalt dieser Maßnahmen aber steht bisher noch in keiner Weise fest. Alle Nachrichten, die darüber der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind, beruhen auf Kombinationen oder sind Wünsche...

Stütungen enthalten sollte, wird wahrscheinlich damit immer noch nicht der Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden können...

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird infolgedessen am Donnerstag zusammenzutreten, um sich mit dieser Lage zu beschäftigen...

Zollunion vor dem Gerichtshof.

Italien an Frankreichs Seite.

V. Sch. Genf, 18. Mai. (Eigenbericht.)

„Mit der österreichische Botschafter bereit, hier die Erklärung abzugeben, daß bis zur Verkündung des Urteils des Haager Gerichtshofes und bis zur Entscheidung des Völkerbundes über dieses Rechtsgutachten kein weiterer Schritt in der Richtung der Zollunion erfolgen wird?“

Mit hochrotem Kopf sah Dr. Schöber am Ende des Ratsstiches wie ein heruntergeputzter Schulschlingel, als Artur Henderson diese Frage an ihn richtete...

Unter lautloser Stille gab Schöber die geforderte Erklärung ab. Damit hätte eigentlich die Angelegenheit bis auf weiteres aus der

Diskussion des Völkerbundes verschwinden können, wenigstens bis zur nächsten Ratsstagung im September. Denn selbst bei größter Beschleunigung, wie sie in der Resolution Hendersons ausdrücklich gemahnt wird...

Nebenbei bemerkt hat sich heute noch klarer als am Sonnabend gezeigt, daß Italien dem Zollunionsplan kaum weniger feindselig gegenübersteht als Frankreich...

Diese Auffassung ging dahin, daß abgesehen von seiner juristischen Seite das Problem der Zollunion ebenso sehr eine politische

prüfungen in Oberschlesien gewonnen, wobei übrigens sämtliche ständigen Richter sich dem deutschen Standpunkt angeschlossen.

Der Beschluß, die Rechtmäßigkeit der Zollunion im Haag begutachten zu lassen, wird mit der deutschen Ratsstimme gefolgt werden. Die Juristen der Auswärtigen Ämter in Wien und Berlin glauben den Zollunionsvertrag so formuliert zu haben...

plans einseitig von sich aus zu behaupten, war der Ausdruck eines Mangels von Achtung vor den internationalen Instanzen, der nicht scharf genug als bloße Parteibehauptung gekennzeichnet und zurückgewiesen werden muß.

So hat über die Rechtsfrage jetzt der Haager Gerichtshof das Wort. Bis er sein Gutachten, in einigen Monaten, erstattet hat, sollte auf beiden Seiten die öffentliche Diskussion der Rechtsfrage ruhen...

Amerikanische Rationalisierung.

Technische Atempause. — Fünftagewoche. — Technik und Wirtschaftsordnung.

Gerade in der Krisenzeit wird immer wieder in Deutschland gefragt, was denn eigentlich die Rationalisierung in Nordamerika, von wo ja die Rationalisierungswelle ausging, mache. Eine Antwort darauf verlaschte am Montag der stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf H. W. Butler zu geben, der eben von einer Amerikareise zurückgekommen ist und den das deutsche Reichsarbeitsministerium zu einem Vortrag über die Rationalisierungsprobleme in den Vereinigten Staaten einlud.

Was die Folgewirkungen anbetrifft, hat sich die Rationalisierung in Amerika kaum anders entwickelt als in Deutschland. Wenn man die wirklichen Probleme kennzeichnen will, so muß man an das erste Programm der Sozialdemokratie, das Erfurter Programm anknüpfen, das in charakteristischer Weise immer wieder davon spricht, daß

die produktiven Kräfte in der kapitalistischen Wirtschaft

der kapitalistischen Wirtschaftsordnung über den Kopf wachsen. Die Probleme der Rationalisierung sind weniger Probleme der Technik und Produktion, wie man immer wieder fälschlich annimmt, sondern mehr Probleme der Wirtschaftsordnung, der Verteilung des Wirtschaftsprodukts, der Höhe des Reallohns. Rationalisierung ist von einem steigenden Verbrauch, von einer möglichst weitgehenden Beteiligung der breiten Massen an den Rationalisierungsergebnissen und an der größeren Gütererzeugung nicht zu trennen. Hier ergibt sich der grundsätzliche Unterschied zwischen Deutschland und Nordamerika, auf den Butler in seinem Referat am Montag hinwies. Gemahigt durch die Erfahrungen während der großen Krise 1921-22 gingen die amerikanischen Unternehmer davon aus, daß der Verbrauch unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Deshalb wandten sie sich und wenden sie sich heute noch gegen jede Lohnkürzung. In Deutschland hat kleinlicher Unternehmerrgeist einen anderen und verkehrten Weg, den Weg der Verbrauchereduzierung, der Lohnkürzung gewählt. Auf dieses Konto geht ohne Zweifel die Verschärfung der deutschen Wirtschaftskrise.

Trotzdem, wie Butler annimmt, sich die industriellen Reallohne in Amerika während der Rationalisierungsperiode um 25 bis 30 Prozent gesteigert haben, zeigte es sich, daß die Rationalisierung auf Grund verminderter Selbstkosten die Nachfrage nach Waren nicht in dem Maße steigerte, um die freigestellten Arbeitskräfte wieder aufnehmen zu können. Amerika hat selbst in günstigen Jahren (von 1924 bis 1927) ständig

zum mindesten 2 Millionen Arbeitslose

gehabt. Das sind 6 Proz. der industriellen Arbeiterschaft. Dazu kamen zum mindesten 1 Million Arbeitskräfte, die durch Maschinenisierung der Landwirtschaft, durch Traktoren, Mähdreher usw. von der Handarbeit abgedrängt wurden (Landflucht). Man kann hier wie dort die Betroffenen als direkte Opfer der Rationalisierung ansprechen. Andererseits sind durch den zunehmenden Wohlstand, also allgemein durch die Reallohnsteigerung, neue Bedürfnisse entstanden, deren Befriedigung neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffte. Dafür kamen in Frage Telegraph, Fernsprecher, Auto, Lastwagen, Segelboote, vermehrtes Vergnügen, Sport und Luxusgewerbe. Diese neuen Arbeitsmöglichkeiten reichten auch in Amerika nicht aus. Vorherdem ergeben sich nach einer amerikanischen Spezialstatistik sehr weite Zeitspannen zwischen Entlassung und Wiedereinstellung (6 und mehr Monate). Nach derselben Statistik kommt überhaupt nur ein Drittel der freigestellten Arbeiterschaft in den alten Berufen wieder unter und auch nur mit weit niedrigeren Löhnen als früher. Butler folgert aus allem, daß in den Vereinigten Staaten die Beschäftigungsmöglichkeiten trotz des großen Aufschwungs der Industrie im Laufe der letzten 10 Jahre zurückgegangen sind.

Das deutsche Unternehmertum hat in derselben Lage die These aufgestellt, man könne durch Lohndruck die Maschinenverdrängen. Die Erfahrungen der Nordamerikaner beweisen etwas anderes. Butler stellt fest, daß selbst in Fällen, in denen die Gewerkschaften niedrigere Löhne angenommen haben, es ihnen nicht gelungen sei, die Einführung arbeitssparender Maschinen auf diese Art lange aufzuhalten. Das heißt ja auch die Entwicklung aufhalten. Was deutsche Unternehmer leider immer noch nicht begriffen haben. Ebenso wichtig ist der Hinweis Butlers auf die auch für Nordamerika festzustellende Bewegung, das Tempo der Rationalisierung zu verlangsamen. Das wäre

die technische Atempause.

Deutschland steht gegenwärtig in diesem Stadium. Die Bause kann, wenn sich das Unternehmertum endlich mal auf sich selbst bekennt, eine Senkung der Gestehungskosten durch verminderte Abschreibungen und damit die geforderte Preisermäßigung, die Steigerung des Verbrauchs und eine größere Anpassung des Absatzes an die Kapazität bringen. Butler bezweifelt aber für Amerika tiefgehende Wirkungen der technischen Atempause, weil gerade die Krise zu weiterer Technisierung anregt. Auch steht in Amerika fertigmachende Beträge, die eine weitere Technisierung der Wirtschaft einschränken, das Antitrustgesetz und die öffentliche Meinung entgegen. Selbst wenn es in Amerika zur Aufhebung des Antitrustgesetzes käme, würde das nach Auffassung Butlers nicht genügen, um die Wirtschaft der Genesung entgegen zu führen. Das sei auch eine Frage, die international zu behandeln sei. Unter den gegenwärtigen Umständen seien aber irgendwelche beträchtliche Beschränkungen oder Verlangsamungen der

Rationalisierung für Amerika unwahrscheinlich. — Unter diesen Voraussetzungen kommt Butler zu dem Schluß,

die Arbeitszeit zu verkürzen.

wofür der amerikanische Gewerkschaftsbund schon vor vielen Jahren eingetreten ist (Forderung nach der 40-Stunden-Arbeitswoche). Heute schon seien in Amerika über 530 000 Gewerkschaftler im Genuß der 40-Stunden-Arbeitswoche. Butler stimmt dem amerikanischen Gewerkschaftsbund zu, wenn er hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung eine „Planung für den ganzen Staatsbereich“ fordert. Die Tendenzen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes gehen dahin, daß einmal jedes Gewerbe und schließlich sämtliche Gewerbe in dieser Frage zusammenarbeiten, und zwar muß eine beratende Körperschaft aus Vertretern aller Gruppen der Produktion und der Verbraucher eine „umfassende Planung“ durchführen. Die Verantwortung für das wirtschaftliche Gleichgewicht hätte bei einem Landeswirtschaftsrat zu liegen.

Die Rationalisierung kann man nicht abstoppen. Wir werden nie mehr erleben — und das unterstreicht auch Butler —, daß die Wissenschaften auf mechanischem, physikalischem, chemischem und elektrischem Gebiet immer noch mehr Einfluß gewinnen. Dadurch werden

die Möglichkeiten der Produktionssteigerung und der Produktionsverbilligung

in Zukunft mindestens in demselben überreichen Maß bestehen wie während der letzten Jahre. Die Bilanz aus dieser Entwicklung für die hinter uns liegende Rationalisierungsperiode ist, daß der Verbrauch und die Beschaffung neuer Arbeitsmöglich-

keiten dem Tempo der Rationalisierung nicht gefolgt sind. Butler konstatiert das selbst für Amerika mit seiner beispiellosen Verbrauchssteigerung. Fürs erste kann als Gegenwirkung nur die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit dienen. Butler ist sich aber darüber klar, daß wir mit der Technisierung erst im Beginn einer neuen Stufe der industriellen Entwicklung stehen. Er überieht aber auch nicht, daß diese Entwicklung zu einer Steigerung des Verbrauchs in der ganzen Welt Anlaß gibt, allerdings unter dem Vorbehalt, daß das internationale System der Zahlungsmittel hinreichend anpassungsfähig gestaltet und angemessen überwacht werden kann. Wenn diese Entwicklung reibungslos vor sich geht, so folgert Butler, dürfe jetzt schon angenommen werden, daß der allgemeine Wohlstand steigen und immer tiefere Schichten der Bevölkerung erfassen wird. Für die Landwirtschaft und das Gewerbe werde dann ein kleinerer Teil der Bevölkerung erforderlich sein, ein größerer Teil werde im Bedienungsgewerbe aller Art tätig werden, wie sie auf Grund

der größeren Freizeit und Kaufkraft der breiten Massen entstehen.

Andera kann die Entwicklung nicht sein. Die Wirtschaftsgeschichte beweist das. Der Zukunftsstaat, mit dem die moderne Arbeiterbewegung ihren Siegeszug antrat, ist keine Illusion, sondern ein Ding — und das ist im Grunde genommen Marxismus —, das technisch-wirtschaftlich begründet ist. Eine andere Frage ist die, ob die gegenwärtige Wirtschaftsordnung ausreicht, um einen reibungslosen Vollzug dieser Entwicklung zu garantieren? Das deutsche Unternehmertum hat in der Krise glänzend bewiesen, daß das nicht der Fall ist. Daraus ergibt sich die geschichtliche Notwendigkeit des Sozialismus, der Entwicklung die Wege frei zu machen, eine Wirtschaftsordnung zu schaffen, die der gewaltigen, ganz automatisch sich ergebenden technischen Entwicklung entspricht. Rationalisierungsprobleme gibt es eigentlich nicht. Es gibt nur Probleme der Wirtschaftsordnung!

Begehrte Bewag.

Ueberschreibung für Berliner Kraft- und Licht-Aktien.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Zeichnungsaufforderung auf den deutschen Anteil an der Ausgabe der neuen Berliner Kraft- und Licht-Aktien eine starke Ueberschreibung ergeben. Bei der Zuteilung werden nur die Aktien mit Sperrfrist voll zugestellt werden; freie Stücke (die sofort weiterverkauft werden dürfen) werden nur zu 60 Proz. des Zeichnungsbetrages zugestellt werden.

Gesunder Staatsbergbau

4 Proz. Dividende der Preußag.

Die Preußag, Preussische Bergwerks- und Hütten-A.G., in der die dem Preussischen Staat gehörenden Bergwerksbetriebe zusammengeschlossen sind, veröffentlicht jetzt Abschluß- und Geschäftsbericht für das Jahr 1930.

Selbstverständlich hat die Krise auch nicht vor den Betrieben der staatlichen Unternehmen haltgemacht, doch sind sie bei der Preußag in geringerem Maße spürbar geworden als bei gleichartigen privatwirtschaftlichen Unternehmen. So ist der Gesamtumsatz bei der Preußag von 137,6 auf rund 122,8 Millionen Mark, also um annähernd 12 Proz. zurückgegangen, während zum Beispiel bei der Harpener Bergbau A.G., die vor wenigen Tagen ihren Jahresabschluß veröffentlichte, der Kohlenabsatz um 22,5 Proz., also fast um das Doppelte, gesunken ist. Andererseits verringerte sich auch der Wert der eingekauften Betriebsmaterialien von 41,3 auf 31 Millionen Mark. In der Gewinnrechnung wird ein Rohertrag von 17,2 gegen 24,8 Millionen Mark ausgewiesen, während der Reingewinn von 8,9 auf 5,5 Millionen Mark gesunken ist. Hieraus wird eine Dividende von 4 gegen 5 Proz. ausgeschüttet, wobei sich aber die Dividendensumme infolge der durchgeführten Kapitalzusammenlegung von 140 auf 110 Millionen Mark erheblich verringert hat.

Wie die Verwaltung im einzelnen noch ausführt, verursachen ihr die Zuschußbetriebe, die schon in den letzten Jahren mit Verlusten gearbeitet haben, jetzt ganz besondere Sorge. Auf die Dauer könne die Belastung durch diese Zuschußbetriebe nicht ertragen werden. Im letzten Jahr betragen sie allein 5 Millionen. Mit der Stilllegung des Oberhager Werkes Clausthal habe man den Anfang gemacht, und weitere Zusammenlegungen sowie andere Rationalisierungsmaßnahmen im Harzer Erzbergbau müßten noch folgen. Besonders schwierig sei es, für die Oberschlesischen Hüttenwerke in Gleiwitz und Malapane eine richtige Lösung zu finden; auch diese Betriebe hätten im letzten Jahre wieder erhebliche Zuschüsse erfordert. Es seien bereits mit verschiedenen Werken der ober-schlesischen Eisenindustrie Verhandlungen wegen einer künftigen Zusammenarbeit und gemeinschaftlichen Auftragsverteilung eingeleitet, jedoch seien positive Ergebnisse bisher noch nicht zu verzeichnen.

Was über die neuen Arbeiten der Preußag auf dem Delgebiet gesagt wurde, hat im wesentlichen nichts Neues. — Die im Juli vorigen Jahres beschlossene Herabsetzung des Kapitals um 30 auf 110 Millionen Mark hat es dem Unternehmen ermöglicht, ihre Bilanz nach den schweren Verlusten infolge der Bienenburger Schachtlungsaus wieder zu konsolidieren. So hat die Verwaltung aus dem durch die Kapitalherabsetzung entstandenen Buchungsgewinn eine Sonderabschreibung von 25,6 Millionen Mark auf die Anlagen vorgenommen. Die übrigen Abschreibungen

sind diesmal auf 8,17 gegen 10,1 Millionen Mark im Vorjahr angelegt worden. Unter Berücksichtigung dieser Bilanzveränderungen werden die Anlagen mit nur noch 76 gegen 98 Millionen Mark Wert ausgewiesen, obwohl im Berichtsjahr erneut fast 14 Millionen Mark neu in die Betriebsanlagen gesteckt wurden.

Arbeitslose Reichsbank.

Rekordtieftand an Wechselbeziehungen.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Mai hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank um 255,7 auf 1700,9 Mill. Mark verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln um fast 269 Mill. Mark abgenommen und weisen mit nur 1417,4 Mill. Mark einen Rekordtieftand auf. Dieser außerordentlich niedrige Kreditbedarf der Wirtschaft zeigt, in wie geringem Umfang sich bisher die Saisonbelebung — von Auftriebsstrebungen gar nicht zu reden — fühlbar gemacht hat.

Der Notenumlauf hat in der zweiten Maiwoche insgesamt um 165,3 Mill. Mark abgenommen. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 1,9 Mill. Mark auf 2541,1 Mill. Mark erhöht. Diese Zunahme um rund 2 Mill. Mark ist um so bemerkenswerter, als die Reichsbank in der Berichtwoche die Transferleistung der monatlichen Reparationsraten vorzunehmen hatte. Ganz zweifellos haben die Zustüsse aus der Bewag-Transaktion und eine günstige Zahlungsbilanz die Beschaffungsmöglichkeiten der Reichsbank sehr erleichtert, denn es gelang ihr, die für die Reparationen notwendigen Devisenposten auf dem freien Markt aufzukaufen. Demgegenüber hatte sie im April 51 Mill. Mark Devisen aus eigenen Beständen hergeben müssen.

Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich in der Berichtwoche von 58,1 auf 60,6 Proz. und die Deckung durch Gold sowie bedienungsfähige Devisen von 62,3 auf 65 Proz.

Wir können nicht annehmen, daß die Reichsbank bei dieser günstigen Währungs- und Notenbilanz an ihrer Zurückhaltung in der Diskontierung festhält. Inzwischen sind gegenüber der ersten Maiwoche, wo erst die New-Yorker Diskontierung vorlag, durch die über London und Amsterdam hinweggezogene Diskonttabau-Weise neue Anregungen für die Reichsbank gegeben. Die Gründe sind in der Tat nicht ersichtlich, die die Zentralbank hindern, der deutschen Wirtschaft insbesondere dem völlig daniederliegenden Baumarkt durch eine Kreditverbilligung neuen Auftrieb zu geben.

Kupferpreis wieder ermäßigt.

Alle Versuche des internationalen Kupferkartells, den Preis für Kupfer zu halten oder gar wieder in die Höhe zu treiben, scheitern an der Verbrauchsstodung. Das Kartell sucht das Angebot durch Einsperren der Vorräte möglichst gering zu halten, aber die Kupferseiter drücken mit ihrem Angebot dauernd auf den Markt. Ihren Preisunterbietungen muß das Kartell, wenn auch zögernd, immer wieder folgen; das tut es mit möglichst geringen, aber um so zahlreicheren Preisermäßigungen. Erst am 13. Mai hat es den Preis für ein englisches Pfund (450 Gramm) von 9,77½ auf 9,52½ Cents herabgesetzt; nur 3 Tage später folgte die weitere Ermäßigung auf 9,27½ Cents. Eine Keulung der Lage ist nicht so bald zu erwarten. Trotz der Produktionsbeschränkungen sind die Vorräte bei den amerikanischen Produzenten weiter gestiegen (auf 368 000 Tonnen); die Ausfuhr nach Europa ist im letzten Monat weiter (auf 32 000 Tonnen) gefallen.



— aber jetzt raucht Berlin
Schwarz Weiss
denn sie ist besser!
Gold u. Dickrund o.M.
PACKUNG 40 PFENNIG

